

Skandal um FEMA: Millionen für Illegale statt Hurrikan-Hilfe!

FEMA unter Beschuss: Vorwürfe um Priorisierung und Mittelverwendung nach Hurrikan Helene in den USA. Katastrophenhilfe debattiert.

Hurrikan Helene hat im Südosten der Vereinigten Staaten eine Spur der Verwüstung hinterlassen und die ohnehin angespannte politische Lage weiter verschärft. Die Auswirkungen des Sturms, der über zweihundert Menschenleben forderte, sind noch nicht vollständig abzusehen. Diese Naturkatastrophe kommt zu einem empfindlichen Zeitpunkt, da die USA sich in einem politisch polarisierten Wahlkampf befinden.

Im Zentrum einer aufkeimenden Kontroverse steht die US-amerikanische Katastrophenschutzbehörde FEMA. Der Behörde wird vorgeworfen, ineffizient zu handeln und sogar die Bemühungen von freiwilligen Rettern zu behindern. Auf sozialen Medien kursieren Berichte, dass Helfer aus den Katastrophengebieten verdrängt und privat gesammelte Hilfsgüter vom Staat konfisziert werden. Diese Situation heizt die ohnehin angespannten Gemüter weiter an.

Anhaltende Zweifel an FEMA

Während die genauen Einzelheiten der Vorwürfe schwer zu überprüfen sind, bestehen durchaus dokumentierte Fälle, in denen private Helfer gezwungen wurden, das Gebiet zu verlassen, nur um später darum gebeten zu werden, zurückzukehren. Ein Gefühl der Entfremdung macht sich zwischen einem Großteil der Bevölkerung und den

Bundesbehörden breit. In den Staaten der Demokraten, zu denen auch die Mehrzahl der Beamten zählt, erzielt die Partei traditionell überwältigende Wahlergebnisse. Doch gerade in den republikanischen Hochburgen, wie den beiden Carolinas, ist die Mehrheit der Bevölkerung skeptisch gegenüber der Regierung eingestellt.

Bürokratie versus Gemeinschaft

In den ländlichen und politisch konservativen Gebieten der USA sind Eigeninitiative und gegenseitige Unterstützung in Krisenzeiten von großer Bedeutung. Privat organisierte Rettungsoperationen sind keine Seltenheit. Allerdings werfen die jüngsten Vorfälle Schatten auf die Rolle der Regierung. Die Bevölkerung fragt sich, ob bürokratische Starrköpfigkeit oder gar Böswilligkeit die Ursache der Probleme ist, denen sie gegenüberstehen. Ein Dokument der FEMA, das „Achieving Equitable Recovery“ genannt wird, hat zusätzlich zu hitzigen Debatten geführt, da es suggeriert, dass bestimmten Bevölkerungsgruppen Vorrang eingeräumt wird.

Mehr Details zu diesem Thema finden sich in einem ausführlichen Bericht [auf heimatkurier.at](#).

Politische Intrigen und Ressourcenknappheit

Ein weiterer Aspekt, der für Wirbel sorgt, ist die Verwendung von Geldern der FEMA für die Unterbringung illegaler Einwanderer. Über 788 Millionen US-Dollar wurden in den letzten Jahren dafür ausgegeben, was zu kritischen Stimmen führte, die diese Budgetverwendung als Zweckentfremdung bezeichnen. Gleichzeitig erklärte der Minister für innere Sicherheit, Alejandro Mayorkas, dass die finanziellen Mittel für die Katastrophenhilfe nicht ausreichend seien, was zu weiterem Misstrauen beiträgt.

Inmitten dieser prekären Lage rückte ein Interview mit Senator

Lindsey Graham in den Fokus der Öffentlichkeit, in dem er die Katastrophenhilfe kritisierte, um dann von Solidarität mit Israel zu sprechen. Diese unerwartete Wendung machte deutlich, wie tief das Misstrauen gegenüber der politischen Elite inzwischen ist.

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)